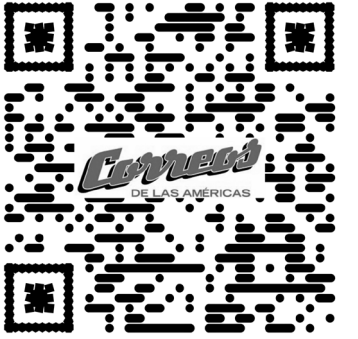




Januar 2026

Underdogs gegen Herrenmenschen

Dieter Drüssel. **Wie es weitergeht in Venezuela, ist offen. Klar ist, am 3. Januar gab es eine schwere Niederlage des Chavismus. Aber das Siegesgebaren von Trump und westlichen Medien soll nicht genehme Realitäten und Perspektiven verdecken. Que viva la solidaridad!**

Am 6. Januar zitierte die New York Times Aussagen von Stephen Miller in einem Interview mit Jake Tapper von der CNN so: «Wir leben in einer Welt, in der wir beliebig über internationale Nettigkeiten und all das reden können; aber wir leben in einer Welt, in der realen Welt, Jake, die von Stärke regiert wird, die von Kraft regiert wird, die von Macht regiert wird (...) Das sind die eisernen Gesetze seit Beginn der Zeit.»

Zerstörung per Sanktionen

Miller, Trumps Homeland Security-Berater, weiss nicht nur über die Machtverhältnisse in der Urzeit Bescheid, er ist auch ein glühender Rassist und vermutlich einer der eifrigsten Washingtoner Studiosi in Sachen Machtergreifung der NSDAP. Er ist nicht allein.

Die Redaktion des, wie sein Name sagt, stockreaktionären Wall Street Journal dozierte am 5. Januar in einem Editorial, dass die These, wonach «das Recht unter den Nationen regiert», eine Illusion sei. Am ehesten wohl noch, lesen wir weiter, nach dem Ende «des Kalten Kriegs» aus, «als die USA global dominierten und eine Koalition für die Durchsetzung internationaler Normen im ersten Golfkrieg und im Balkan zusammentrommelten». Also: «Regelbasierte Ordnung» für den Krieg damals. Heute möglichst ohne Schminke von Menschen- oder Völkerrecht. Miller spannte laut US-Medien in Sachen Venezuela eng mit Kriegstreiber Marco Rubio zusammen. Die Entführung von Nicolas Maduro und Cilia Flores, die ungestrafte Bombardierung von Teilen der eines unvergleichlich schwächeren Landes (inklusive eines Dialyse-Medikamentenlagers), die Drohungen gegen weitere Länder unterstreichen: Für Washington zählt nur die Macht.

Medien wie der NZZ – sie trommelte kürzlich für ein Völkerrecht nur für die «Guten» – fallen Anpassungen an die neue Marschordnung leicht. Doch auch Mainstreammedien, die sich schwer tun mit Trump, plappern ihm nach, wo es nur geht. Die für Bekämpfung des Drogenhandels zuständige UNO-Behörde UNODC erwähnt Venezuela nicht in ihrem Bericht für 2025, die US-Drogenagentur DEA streift in ihrem aktuellen Bericht bloss die Bande Tren de Aragua im Kontext von Menschenhandel. Die EU ihrerseits legt das Gewicht auf die Ecuador-Connection für den Kokaideal (nix Venezuela). Nur schon Trumps Begnadigung von Juan Orlando Hernández, dem früheren Präsidenten von Honduras und Capo des dortigen Kartells (400 Tonnen Kokain in die USA), oder jene von Ross Ulbricht kurz nach Trumps Amtsantritt, der im Darknet eine Kryptobörse für den millionenschweren Handel mit Fentanyl und Koka in aufgebaut hatte, sollten Fragen auslösen. Tun sie kaum je. Dafür servieren sie das Bild vom «brutalen Diktator», «vom reichen Land, von Maduros Misswirtschaft ins Elend gestossen» etc. «Chavistische Misswirtschaft» - der Begriff verdeckt als Joker die beabsichtigte Zerstörung per Sanktionen. Mörderische Sanktionen: Allein 2018 gab es ihretwegen eine Übersterblichkeit von 40000 Menschen im Land; auch während der Covid-Pandemie rückte der IWF keinen Cent für den Notkauf von Impfungen heraus. Aber schaut – da gibt es die Millionen, die vor Not und Diktatur aus Venezuela flüchteten. Und warum flüchteten sie erst unter dem extremistischen US-Sanktionsregime?

Das Öl und die Macht

Am 5. Januar wurden Nicolas Maduro und Cilia Flores dem Richter in New York zwecks Anhörung der Anklage vorgeführt. Tags darauf berichtete die New York Times, dass Maduros im globalen Drogendeal angeblich dominierende Cártel de los Soles stillschweigend aus der



Einer der vielen Widerstandsdemos in Venezuela. Bild: zVg

Anklageschrift verschwunden war. Besagtes Kartell übte, da ja von Maduro geleitet, eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf die Mainstreammedien aus, obwohl sie alle wissen mussten, dass es nicht existiert. Das Weisse Haus ahnte, dass das absurde Propagandakonstrukt vom Richter als solches eingestuft werden könnte. Raus aus der Anklage, aber nicht aus dem Politgeschäft: Rubio faseln weiter von diesem Kartell.

Trump will aus verschiedenen Gründen den Ölpreis von jetzt unter 60 US-Dollar das Fass auf 50 runterdrücken. Dazu kommt ihm venezolanisches Öl zupass. Die entscheidenden Matchmakers des globalen Ölbusiness (Exxon etc.) sträuben sich noch, riesige Investitionen in Venezuela zu sprechen – zu unsicher die Lage. Dem Marktforschungsunternehmen Wood MacKenzie zufolge müsste der Ölpreis auf 80 US-Dollar steigen, damit Trumps Investitionsansprüche profitabel wären. Ob die in Aussicht gestellten Subventionen (zusätzlich zu der von den Multis geforderten Totalkonterreform in Venezuela) das für Profitabilität nötige Ausmass erreichen, wird in den Businesskreisen offenbar angezweifelt.

Alessandro Volpi, Ökonom an der Universität von Pisa, sieht in der Trumpschen Öldoktrin Folgendes: Ein US-Zugriff auf die weltweit bisher grössten Ölvorkommen Venezuelas plus andere Vermögenswerte des Landes könnte eine Summe von bis zu 16 Billionen US-Dollar betreffen, rund die Hälfte der US-Verschuldung. Zusammen mit den Trumpschen Zöllen würde das die US-Verschuldung wieder managebar machen, was wiederum den Dollar als globale Reservewährung und Instrument der globalen Dominanz revitalisieren würde. Dieses Interpretationsmuster lässt sich natürlich über die Angriffe auf Venezuela hinaus auf Lateinamerika generell und andere Teile der Welt anwenden. Also Macht und Krieg als brutale Mittel der Weltherrschaft, wie das schon die Nazis offen praktizierten. Das wäre die Antwort eines taumelnden Imperiums, um seinen Fall zu verhindern. Machtrunkenheit als Flucht vor dem «Untergang».

Zwei konträre Narrative

Siegesgeheul der Gang im Weissen Haus: Interimspräsidentin Delcy Rodríguez tue, wie ihr geheissen, aber erst mal dürfen die Chavistas noch ein paar erteilte Befehle ausführen, bevor sie zu verschwinden haben. Dies, um kein Chaos bei der Öl-Bonanza zu haben. Das suggeriert auch die Berichterstattung. Folgsam exportiere Venezuela Öl zuhanden der USA, die Freilassung von Gefangenen erscheint ebenfalls als Kniefall. Machtteile wie der Pentagon-llierte Thinktank CSIS sprechen von einer neuen Doktrin: Regimemanagement statt Regime Change. Eine Doktrin zwischen Propaganda und Regime Change in Zukunft.

Zum 3. Januar: Da gelang den USA ein sehr schwerer Schlag (inklusive weitere Zertrümmerung des Völkerrechts). Aber eben, die Chavistas regieren weiter. Das sorgt für Bitterkeit in US-Machtzirkeln. Freilassungen von Gefangenen rund um Neujahr sind Tradition. Schon Ende Dezember kamen 60 Leute frei. Die Sanktionen verhinderten jahrelang, dass Venezuela mehr Öl unter Bedingungen, wie sie für Chevron auch von Trump zugelassen waren, verkaufen konnten. Dass die Chavistas das jetzt machen, liegt auf ihrer bisherigen Linie.

Dass die US-Helikopter ungestört über Caracas fliegen konnten, weist auf Verrat in der Armee hin. Auf jene «demokratischen» Offiziere, an die schon lange offen die Hoffnung auf einen Putsch geknüpft war. Es ist unwahrscheinlich, dass man in Washington nicht auch auf diese Karte gesetzt hätte. Aber dazu kam es am 3. Januar nicht. Aus chavistischen Kreisen ist die These zu vernehmen, dass ein Putsch Teil 2 der Operation hätte werden sollen, aber Armee-intern blockiert werden konnte. Wir wissen es nicht – auch das kann Stimmungsmache sein. Möglich allerdings, dass so etwas die seltsame Ruhe am 3./4. Januar an den Alltagstreffpunkten der Bevölkerung in Caracas miterklärt, von der uns eine Bekannte

WEITER AUF SEITE 2 UNTEN

Honduras: von «fairen Wahlen»

Dieter Drüssel. **Fast unbemerkt setzte das Weisse Haus in Honduras seine Nationale Sicherheitsdoktrin durch, wonach der ganze Kontinent den USA-Mächtigen zu dienen hat. Ein Lehrbeispiel.**



Money makes Trumps world go round. Bild: zVg.

Ende November 2025 fanden in Honduras allgemeine Wahlen statt. Die progressive bisherige Regierungspartei Libre wurde abgewählt, offiziell hat der ultrarechte Partido Nacional, der den Militärputsch unterstützte und danach bis 2021 regierte, die Wahlen gewonnen.

Widersprüche in Libre

Zuerst zu Libre, dieser aus der Antiputschfront (FNPR) entstandenen Partei. Sie gab am 10. Dezember 2025 zu, die Wahlen verloren zu haben, verurteilte aber den laufenden Wahlbetrug zugunsten der ultrareaktionären Nacionales auf Kosten primär der traditionell rechten Liberalen Partei. Insbesondere der linke Flügel in und um Libre macht auch eigene Widersprüche für die Niederlage aus. Nachdem die Militärdiktatur in ein «normales» neoliberales Regime übergegangen war, gründeten der FNPR und ein fortschrittlicher Teil aus dem Partido Liberal (PL), aus der der gestürzte Präsident Mel Zelaya kam, die Partei Libre. Beschleunigt nach dem Libre-Wahlsieg von 2021, hat sich unter Zelaya eine Tendenz durchgesetzt, die auf eine Marginalisierung der Kräfte aus der Bewegung und eine Favourisierung der Kontingente aus dem PL hinauslief.

Drastisches Beispiel: der Filz. Im September 2024 leakten die US-Dienste ein Video aus dem Jahr 2013. Darin war zu sehen, wie Carlos Zelaya, Bruder von Mel, im Drogenbusiness tätige Geschäftsleute um Geld für die damalige Wahlkampagne anging. Carlos und sein Sohn, zufällig Verteidigungsminister in der Regierung von Xiomara Castro, Gattin von Mel, traten zurück; Mel sprach von einem «abscheulichen» Verhalten seines Bruders – aber es folgte keine ernsthafte Untersuchung der Angelegenheit.

Das ist Wasser auf die Mühlen der Rechten, die immer, wenn sie Wahlen verlieren, das Mantra verbreiten, dass die an der Regierung «alle gleich» sind. Sie wissen um die beharrliche Annahme vieler Leute, dass du, wenn

du ein Rechter bist, weniger klauen «musst», als wenn du von links kommst. Das gehört in Zentralamerika zum verbreiteten «Wissensfundus». Es hilft, reale Machtverhältnisse zu ... übersehen. Erst recht, wenn zwar soziale Reformen angepeilt oder realisiert sind (meist als Geschenke der Regierung und weniger als Erfolge von dir und den Deinen), aber die Armut immer noch drückt. Es reicht nicht, «progressiv» zu sein, linke Kräfte in Regierungswelten können nur auf Unterstützung zählen, wenn sie deutlich machen, dass auch kleine Schritte dem mächtigen Gegner nur in harter Auseinandersetzung abgerungen werden. Beispiel wären etwa die unter Xiomara Castro erreichte Befreiung sehr armer Haushalte von Stromgebühren oder die Senkung der Armut um rund 15 Prozent (auf immer noch hohes Niveau).

Der Elefant im Raum

Vier Tage vor dem Wahlsonntag sagte Trump, wer Präsident von Honduras zu sein habe. Nicht die «Kommunistin» Rixi Moncada von Libre, auch nicht der «borderline communist» Nasralla, Kandidat der Liberalen. Einzig Tito Asfura vom PN «ist ein Freund der Freiheit in Honduras. Tito und ich können zusammenarbeiten im Kampf gegen die Narkokommunisten.» Das wirkte wie ein Erdbeben. Honduras erhielt über viele Generationen die Behandlung einer US-Bananenplantage. Die grösste US-Militärbase in Lateinamerika befindet sich nahe der Hauptstadt. In der karibischen Nachbarschaft trieb eine enorme US-Militärflotte ihr Unwesen. Und wohl am wichtigsten: Trump hatte auch für Migrant:innen aus Honduras den temporären Schutz vor Deportationen aufgehoben. Von deren Geldüberweisungen, die 25,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen, hängen unzählige arme Haushalte fürs Überleben ab. Kurz vor und am Wahltag erhielt die honduranische Bevölkerung fast flächendeckend ein SMS mit der Botschaft, allein Asfura garantiere weitere Heimüberweisungen.

Mit dieser nackten Erpressung repetierte Trump seine erfolgreiche Wahlhilfe für Milei in Argentinien einige Monate zuvor. Die Absage am Nasralla sorgte in der Rechten und im rechts majorisierten Wahlrat CNE für Wirbel. Einen Monat vor den Wahlen hatte die Staatsanwaltschaft Audiobotschaften veröffentlicht, in denen sich die CNE-Delegierte der Nationalen, deren Parlamentschef und ein hoher Militär über das Was und Wie einer Wahlfälschung zugunsten des liberalen Kandidaten Nasralla absprachen. Ihre Sorge war, dass Libre gewinnen könnte, der Partido Nacional war bereit, die Kröte eines liberalen Wahlsiegs zu schlucken, um diese Kalamität zu verhindern. Der PN war wegen seiner korrupten und brutalen Regierungspraxis im Popularitätstief. Aber der Boss ordnete alle neu an.

Zwei Tage vor der Wahl wieder Trump: «Wenn Tito Asfura die Präsidentschaft gewinnt, weil die United States so viel Vertrauen in ihn setzen (...), werden wir sehr unterstützungsbereit sein. Falls er nicht gewinnt, werden die United States schlechtem Geld kein Gutes nachwerfen», denn dann drohen dem Land «katastrophale Folgen». Zusätzlich «werde ich den ehemaligen Präsidenten Juan Orlando Hernández, der (...) sehr unfair behandelt wurde, begnadigen». JOH, wie der Capo genannt wird, war in New York wegen Schmuggels von 400 Tonnen Kokain in die USA zu 45 Jahre Gefängnis verurteilt worden.

Technischer Betrug

Um Mehrfachwählen zu verhindern, wird in Hon-

duras der Fingerabdruck der wählenden Person vom am Wahltisch direkt mit seinem zentral gespeicherten Abdruck abgeglichen. Die grundsätzlich zusammen mit den Parteidelegierten erstellten Akten mit den Tischresultaten werden elektronisch an einen Computer des Wahlrates CNE und an die an den Wahlen beteiligten Parteien übermittelt. Die Parteien erhalten am Wahltisch keine eigene Kopie der Akten. Zuständig für die Übermittlung und die Ermittlung eines provisorischen Resultats bis 6 Uhr früh am nächsten Morgen ist ein unter Vertrag genommenes Unternehmen.

Soweit die Theorie. Die beiden rechten CNE-Delegierten hatten gegen das Votum des Libre-Vretreters das kolumbianische Unternehmen ADS Grupo mit dieser Aufgabe betraut. ADS wird seit Jahren immer wieder vom obersten Verwaltungsgericht in Kolumbien wegen Wahlmanipulationen belangt. ADS arbeitete bei den Wahlen mit dem ebenfalls in Wahlbetrug verwickelten Unternehmen Thomas Greg & Sons zusammen, in dessen Leitung ehemalige rechte Präsidenten wie Pastarana und Santos sassen. Präsident Gustavo Petro warnte von vor einem «monumentalen Wahlbetrug» in der Wahl von 2026, organisiert von einem Konsortium von Greg, ADS und andere., das sowohl die Datenbank aller Wahlberechtigten wie auch die Auszählung kontrolliere. Das Konsortium wurde von der zuständigen, rechts kontrollierten Behörde für die Wahlen im Mai 2026 unter Vertrag genommen.

Schon in der Wahlnacht unterbrach ADS stundenlang die Übermittlung, was in den folgenden Tagen zur Gewohnheit wurde - jeweils begründet mit DDoS-Angriffen (Wahlrechner wird mit pausenlosen Anfragen lahmgelegt) oder «Wartungsarbeiten». Natürlich gehört die Abwehr von DDoS-Angriffen zur selbstverständlichen Vorbereitung in der Wahl-IT und sind Wartungsarbeiten während der Verarbeitung ein No-Go, da sie unentdeckte Manipulationen an der Software erlauben könnten. Der Libre-Vertreter im CNE hatte von mehr als hundert solchen Zugriffen allein in der Wahlnacht gesprochen. Als Nasralla bei der Auszählung in Führung lag, kam es zu einem langen Ausfall und danach führte Trumps Kandidat. Der US-Präsident hatte schon am Nachwahltag, als Nasralla in Führung lag, von Wahlbetrug gesprochen, wofür dem Land eine «hell to pay» drohe.

Die Parteiführung der Liberalen signalisierte bald transnationalen Gehorsam, während das Lager um Nasralla (in Übereinstimmung mit Libre) auf Fälschungen bei der Übertragung von weit über der Hälfte der Aktenscans in digital zusammenrechenbare Formate verwies. Die Schnellauszählung dauerte nicht zwölf Stunden, sondern mehrere Tage; die Schlussauszählung bis Weihnachten. Die rechte Mehrheit im CNE ignorierte alle Forderungen nach neuer Überprüfung der Akten oder gleich Urnenöffnung oder bezeichnete sie ebenso wie oder juristische Anfechtungen des Auszählungsprozesses als Sabotage am Volkswillen.

Die beiden rechten CNE-Mitglieder waren während Wochen unauffindbar, angeblich, weil Horden von Libre sie bedrohten. Sie haben sich mutmasslich in einer Botschaft aufgehalten (wohl der USA oder britischen, die mit permanenten Hochrufen auf den CNE auffiel). Ihre Erlasse übermittelten sie per Internetvideos aus nicht-identifizierbaren Räumen. An Weihnachten erklärten sie, sogar ohne noch hunderte Akten einzubeziehen, Asfura zum Präsidenten. Danach zogen sie die Auszählung der Akten der Parlamentswahlen vor jene der Gemeindewahlen, wo es zu vielen sehr knappen Resultaten gekommen war, insbesondere auch in der Hauptstadt, die vermutlich von Libre gewonnen wurde. Lügen bis 30. Dezember keine Schlussresultate vor, drohte laut Wahlgesetz eine Neuwahl. Der CNE erklärte danach schlicht einen Asfura-Kumpel zum Alcalde von Tegucigalpa.

Drohungen

Asfura hatte früher eng mit JOH zusammengearbeitet. Seine Kader stammen aus dessen Ära. Nach der Gefangennahme von Maduro in Venezuela forderten ihre Medien Strafaktionen gegen alle «Drogenkomplizen» von Maduro in Honduras. Viele befürchten eine neue «Narkotisierung» der Wirtschaft. Die Zedes, von JOH begünstigte, faktisch extraterritoriale Privatstädte im Besitz von Silicon-Valley-Milliardären wie Peter Thiel, Marc Adressen und Sam Altman, werden neu erblühen. Solche Figuren sind laut US-Medien die Verantwortlichen für die Begnadigung von JOH. Diese «Städte» könnten laut dem Honduras-Büro der UNO (von 2021) 35 Prozent des honduranischen Territoriums, da «wenig besiedelt», privatisiert erhalten.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

berichtet hatte – in den panaderías smalltalk, fast keine Aussagen pro oder gegen die Regierung, die USA. Von der politischen Leitung/Regierung nur ein paar Aufrufe zur Ruhe – sonst nichts. Das änderte sich erst, als die Führungskader geschlossen auftraten, dafür dann explosiv. Seither finden im Land täglich grosse Mobilisierungen der gesellschaftlichen Sektoren statt. Ein wichtiger Teil der Bevölkerung bleibt ungebrochen. Aber vieles bleibt offen.

Auch unsere Kontakte im Land wissen nicht, wie die politischen Lager in der Bevölkerung aufgeteilt sind. Jedenfalls gibt es kein pueblo unido, aber auch nicht die stets behauptete grosse rechte Mehrheit. Warum wohl meint ein Trump, die Gallionsfigur der Ultrarechten, die mit ihrer Preisweitergabe gerade das Nobel-

preiskomitee in Oslo der Lächerlichkeit preisgibt, habe viel zu wenig Rückhalt im Land, um jetzt zu regieren? Wir wissen nicht, ob der aktuelle Status Quo noch länger anhält oder die USA den Krieg eskalieren werden? Oder sich zuerst an Kuba versuchen, an «Eingriffen» in Mexiko oder Kolumbien

Die Ahnung von einem anderen Leben

Die aktuelle Machtrunkenheit der Widerlichen übersieht, dass es in Venezuela noch etwa anderes als ihre eigene Grösse gibt. Klar, vom Glanz der Chávez-Jahre ist einiges weg. Korruption, Businesslogik auch in chavistischen Segmenten, permanente Angriffe, die Träume verhärten und so ein Stück weit abschaffen, all das ist real. Epurr si muove.

Wir können auch nur andeutungsweise die Fragen erahnen, die sich heute aufdrängen. Wie weiter? Wie den Krieg der USA sabotieren? Aber auch: Wie verhindern, dass Diplomatie die Bevölkerung opfert?

Wir sehen dankend den Mut vieler Menschen in Venezuela. Die Machtbesoffenen sind dafür blind. Faktisch droht Washington mit seiner National Security Doctrine (alle müssen den USA zudienen) und seinem Vorgehen allen im südlichen Teil des Kontinents mit Krieg. Die Leute verarbeiten das. Die USA bekommen Probleme. Dass etwa Kolumbien, Mexiko, Brasilien und Spanien gemeinsam eine Erklärung gegen den US-Angriff veröffentlichen, drückt tiefere Bewegungen aus. Wir schliessen uns auch in der Schweiz der globalen Solidarität mit Venezuela an.

Sanktionen töten wie Kriege

Mark Weisbrot. **Hintergrund für das, was Medien hierzulande bei Venezuela als «chavistische Misswirtschaft» verkaufen. Konnte diese Stossrichtung vor Jahren noch mit Ignoranz erklärt werden, steht sie heute unentschuldigbar für servile Komplizenschaft.**

Umfassende Wirtschaftssanktionen, die grössten- teils von der US-Regierung verhängt werden, töten jedes Jahr Hunderttausende unschuldiger Menschen – darunter unverhältnismässig viele Kinder. Diese Woche ver- öffentlichte die Fachzeitschrift «Lancet Global Health» einen Artikel, in dem diese Zahl für einen Zeitraum von zehn Jahren auf etwa 564000 pro Jahr geschätzt wur- de. Das ist vergleichbar mit den jährlichen Todesfällen durch bewaffnete Konflikte weltweit.

Sanktionen werden zur bevorzugten Waffe der Ver- einigten Staaten und einiger ihrer Verbündeten – nicht, weil sie weniger zerstörerisch sind als militärische Massnahmen, sondern wahrscheinlich eher, weil die Opferzahlen weniger sichtbar sind. Sie können Nah- rungsmittelsysteme und Krankenhäuser zerstören und Menschen still und leise töten, ohne dass es grausame Videos von Leichenteilen in Zeltlagern und aus der Luft bombardierten Cafés gibt. Sie bieten politischen Entscheidungsträger:innen etwas, das die tödlichen Auswirkungen eines Krieges, sogar gegen Zivilist:innen, ohne politische Kosten erzielen kann.

Massive Auswirkungen in Venezuela

Die oben genannte Schätzung von 5640000 To- desfällen pro Jahr aufgrund von Sanktionen basiert auf einer Analyse von Daten aus 152 Ländern über einen Zeitraum von zehn Jahren. Die Studie wurde von den Ökonomen Francisco Rodríguez, Silvio Rendón und vom Autor dieses Textes durchgeführt. Es ist ein erschrecken- des Ergebnis, aber für Ökonom:innen, Statistiker:innen und andere Forschende, die diese Auswirkungen von Wirtschaftssanktionen untersucht haben, nicht über- raschend. Es handelt sich um Massnahmen, die auf die gesamte Wirtschaft oder einen ihrer Teile abzielen, von dem der grösste Teil der übrigen Wirtschaft abhängt, wie beispielsweise den Finanzsektor oder einen vorherr- schenden Exportzweig, beispielsweise in ölexportieren- den Volkswirtschaften.

Die Sanktionen können den Zugang zu lebenswichtigen Importgütern blockiern, wie Medikamenten und Lebensmitteln sowie zu der notwendigen Infrastruktur und Ersatzteilen für die Aufrechterhaltung der Trink- wasserversorgung, einschliesslich elektrischer Systeme. Schäden für die Wirtschaft können manchmal sogar noch verheerender sein als die blossе Blockade lebens- wichtiger Importe. Venezuela ist ein Beispiel für ein Land, das all diese Auswirkungen zu spüren bekam, und dieser Fall ist weitaus besser dokumentiert als die meisten der mittlerweile 25 Prozent der Länder, gegen die Sanktio- nen verhängt wurden (gegenüber acht Prozent in den 1960er-Jahren). In Venezuela kostete das erste Jahr der Sanktionen unter der ersten Trump-Regierung Zehntau- sende Menschenleben. Dann wurde es noch schlimmer, als die USA das Land vom internationalen Finanzsystem und den Ölexporten abkoppelten, Vermögenswerte in Milliardenhöhe einfroren und «sekundäre Sanktionen» gegen Länder verhängten, die versuchten, mit Venezuela Geschäfte zu machen. Venezuela erlebte die schlimms- te Depression ohne Krieg in der Weltgeschichte. Diese dauerte von 2012 bis 2020, wobei die Wirtschaft um 71 Prozent schrumpfte – mehr als dreimal so stark wie die Weltwirtschaftskrise in den USA in den 1930er-Jahren. Es wurde festgestellt, dass dies grösstenteils auf die Sanktio- nen zurückzuführen war.

Kinder im Visier

Unsere Studie ergab, dass die Mehrheit der Men- schen, die in allen Ländern infolge der Sanktionen star- ben, Kinder unter fünf Jahren waren. Diese Gräueltat steht im Einklang mit früheren Forschungsergebnissen. Medizinische Studien haben gezeigt, dass Kinder dieser Altersgruppe viel anfälliger für Todesfälle durch Kin- derkrankheiten wie Durchfall, Lungenentzündung und Masern sind, wenn sie unterernährt sind.

Diese Ergebnisse stimmen auch mit statistischen Studien der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und anderer Statistiker:innen und Ökonom:innen über- ein, die zu dem Schluss kommen, dass Rezessionen in Entwicklungsländern die Sterblichkeitsrate erheblich er- höhen. Natürlich kann die durch Sanktionen verursach- te Zerstörung, wie oben beschrieben, um ein Vielfaches schlimmer sein als eine durchschnittliche Rezession.

Im Jahr 2021 schrieb der Abgeordnete der Demo- kratischen Partei Jim McGovern aus Massachusetts einen Brief an den damaligen Präsidenten Biden und forderte ihn auf, «alle sekundären und sektoralen Sank- tionen aufzuheben, die die Trump-Regierung gegen

Venezuela verhängt hat». Die Auswirkungen dieser Sanktionen, so McGovern, seien «wahllos und absicht- lich so gestaltet. (...) Wirtschaftliche Not ist das Mittel, mit dem die Sanktionen wirken sollen. Aber es sind nicht die venezolanischen Beamten, die die Kosten tragen. Es ist das venezolanische Volk.»

Die Achillesferse der Sanktionen

Aus diesem Grund sind US-Sanktionen gemäss den von den Vereinigten Staaten unterzeichneten Verträgen, darunter die Charta der Organisation Amerikanischer Staaten, illegal. Sie sind auch in Kriegszeiten gemäss den Genfer und Haager Konventionen als kollektive Be- strafung von Zivilist:innen verboten. UN-Expert:innen haben überzeugend argumentiert: Was ein Kriegsver- brechen ist, wenn Menschen sich gegenseitig bombar- dieren und beschliessen, sollte auch dann ein Verbrechen sein, wenn kein solcher Krieg herrscht.

Diese Sanktionen verstossen auch gegen US-Recht. Bei der Verhängung von Sanktionen ist der Präsident nach US-Recht verpflichtet, zu erklären, dass das sank- tionierte Land eine «nationale Notlage» für die Vereinig-

ten Staaten verursacht und eine «ungewöhnliche und aussergewöhnliche Bedrohung» für die nationale Sicher- heit der USA darstellt. Dies war jedoch fast nie der Fall.

Angesichts der Verschlechterung der Rechtsstaat- lichkeit in den Vereinigten Staaten und der Missachtung der Menschenrechte in der amerikanischen Aussenpoli- tik – und zunehmend auch im Inland – ist es leicht, pessi- mistisch zu sein, was die Aussichten auf ein Ende dieser wirtschaftlichen Gewalt angeht. Aber sie wird enden. (...) Der grösste Vorteil von Sanktionen für die politischen Entscheidungsträger:innen, die sie einsetzen, ist die Unsichtbarkeit ihrer Folgen. Aber das ist auch ihre Achil- lesferse. Wenn die wirtschaftliche Gewalt umfassender Sanktionen allgemein bekannt wird, sind sie nicht mehr zu rechtfertigen und politisch nicht mehr tragbar.

QUELLE: CEPR.NET. DER ARTIKEL DES BEKANN- TEN ÖKONOMEN ERSCHIEN ZUERST IN DER LOS ANGELES TIMES. ANM. CORREOS. ZUR ERWÄHN- TEN STUDIE: THELANCET.COM, AUGUST 2025, EFFECTS OF INTERNATIONAL SANCTIONS ON AGE-SPECIFIC MORTALITY

Revolution und US-Blockade

Gion Honegger. **Ein Blick in den Alltag in Kuba. Da drückt der Terror des US-Wirtschaftskriegs, der seit 65 Jahren andauert, überall durch. Trotz der fast unlösbar scheinenden Problematik gibt es auch viele Momente de Widerstands und der Selbstbestimmung.**

Ein seit Jahrzehnten die kubanische Alltagsrealität prägender Faktor die US-ame- rikanische Wirtschafts-, Handels- und Fi- nanz-Blockade gegen Cuba. Im Jahre 1960 for- mulierte es der US-Vizestaatssekretär Lester D. Mallory für das Aussenministerium folgend: «Die Mehrheit der Kubaner unterstützt Castro (...) Die einzige ersichtliche Möglichkeit, die interne Unterstützung (für die Regierung) zu untergraben, besteht in Enttäuschung und Unzufriedenheit aufgrund wirtschaftlicher Probleme und Not (...) Es sollten unverzüglich alle möglichen Mittel eingesetzt werden, um das Wirtschaftsleben Kubas zu schwächen (...) indem man Kuba Geld und Lieferungen verweigert, um die Geld- und Reallöhne zu senken, um Hunger, Verzweiflung und den Sturz der Regierung herbeizuführen.» Die- se brutale und klar formulierte US-Politik bestimmt seit 1962 ununterbrochen die Re- alität in Cuba. Laufend wurde die Blockade durch fast alle US-Regierungen verschärft: 1982 «State Sponsors of Terrorism Act», 1992 «Cuban Democracy Act / Toricelli Act», 1996 «Helm-Burton Act» I, 2019 folgten II und III.

Die Situation ist ernst

Die Trump/Vance/Rubio-Regierung sah 2025 die lang ersehnte Möglichkeit, mit der Verschärfung der Sanktionen aufgrund des «State Sponsors of Terrorism Act» der cubani- schen Revolution den Todesstoss zu versetzen. Diese Erdrosselungspolitik zeigt heute in Cuba tagtäglich brutale Wirkung. Wenn ich hier auf- zähle, was im alltäglichen Leben alles fehlt, Medikamente, Öl/Benzin, Strom für die elekt- rische Versorgung, Transportmittel, Arbeitsge- räte in der Landwirtschaft ect., gibt diese Auf- zählung jedoch noch lange nicht wieder, was das konkret für die Menschen auf Cuba heisst.

«Die Blockade hat direkt und indirekt zum Verlust zahlreicher Menschenleben ge- führt, und die Entscheidung der USA, diese Blockade aufrechtzuerhalten, solange das kubanische Volk nicht beschliesst, sich zu beugen, zeigt, dass die USA entschlossen sind, Massnahmen aufrechtzuerhalten, die darauf abzielen, langfristig die physische Zerstörung zumindest eines Teils des kubanischen Vol- kes zu bewirken. Eine solche Haltung könnte den Tatbestand des Völkermordes erfüllen.» (Schlussfolgerung des Brüsseler Tribunals gegen die US-Blockade, 17.November 2023)



Mit Solarwasserpumpen in die Zukunft: Die «Finca El Futuro». Bild: cuba-solidaritaet.ch

Ja, die Situation ist sehr ernst, die Men- schen leiden. Wie soll die Familie morgens oder abends die Kinder ernähren, wenn gera- de wieder wie jeden Tag der Strom stunden- lang ausgefallen ist? Wie sollen die Kinder im Dunkeln Schulaufgaben machen können? Wie können Handwerker:innen Aufträge aus- führen, wenn ohne Strom die Arbeit nicht zu machen ist? Wie kommen die Menschen zur Arbeit, zu Familienbesuchen, zu Kulturanläs- sen – von denen noch sehr viele und hoch- stehende stattfinden (!) –, wenn es keinen Transport gibt? Wie die Spitäler für eine ge- rechte Behandlung von Patient:innen sorgen, wenn Medikamente fehlen? Zwei Millionen Menschen – darunter viele junge, gut ausge- bildete – sind ausgewandert, weil sie keine ausreichenden Verdienstmöglichkeiten und Lebensperspektiven haben. So soll Kuba zu- sätzlich ausgeblutet werden!

Die Blockade muss weg!

Doch die grosse Mehrheit der kuba- nischen Bevölkerung will sich dem Diktat nicht beugen. Die USA und der imperialisti- sche Westen unterschätzen das Bewusstsein und den Willen der Kubaner:innen für ihre erkämpfte Unabhängigkeit. «Aquí no se rin- de nadie» hat aktuell vielleicht nicht mehr

die grosse Ausstrahlung wie früher, aber wir treffen überall viele Menschen, ausdrücklich auch jüngere, und Gruppen, die mit grosser Energie zukunftsorientierte Projekte auf und für Kuba realisieren. Aktuell gab es viele De- monstrationen mit grosser Beteiligung gegen die kriminelle US-Aggression gegen Venezue- la und weitere Drohungen gegen Kuba. Mexi- ko steht mit der Präsidentin Sheinbaum klar hinter Kuba und versucht, den Ölausfall von Venezuela zu kompensieren. China schickt gerade wieder 60000 Tonnen Reis, dasselbe kommt öfter aus Vietnam. Zudem wird zu- sammen mit China ein grosses Solarstrom- projekt im ganzen Land vorangetrieben.

Doch wie den Strom im Land vertei- len, wenn die alte Strominfrastruktur immer wieder kollabiert? Ohne die Aufhebung der US-Blockade mit ihrer extraterritorialen An- wendung ist eine grundsätzliche Änderung der Situation schwierig. Dies trotz grosser so- lidarischer Unterstützung aus vielen Ländern, etwa mit Solarstromprojekten oder Wasser- pumpen für die Landwirtschaft.

DER AUTOR IST MITGLIED DER CUBA SOLIDARITÄT VILMA ESPÍN ZÜRICH- OSTSCHWEIZCUBA-SOLIDARITAET.CH

Argentinien: Vom Putsch 1976 zum neoliberalen Projekt Mileis



Angesichts autoritärer Gewalt: Widerstand des Volks

Vor 50 Jahren, am 24. März 1976, verübte das argentinische Militär mit Unterstützung der USA und unter Mitwirkung eines Teils von Politik, Grossunternehmen und bestimmter Kreise der katholischen Kirche einen Staatsstreich, der aufgrund seiner brutalen Repression in die Geschichte Lateinamerikas eingegangen ist. Dieser zivil-militärischer Putsch leitete einen neuen Zyklus wirtschaftlicher und sozialer Angriffe gegen die Mehrheit der Bevölkerung ein. Er installierte auch den schädlichen Mechanismus der Verschuldung und Abhängigkeit - mit einer unbegrenzten Zunahme der Auslandsverschuldung.

Die sieben Jahre (1976–1983) dieser Diktatur waren die brutalsten in der jüngeren Geschichte Argentiniens. Sie waren geprägt von der gewaltsamen Durchsetzung des Staatsterrorismus, mit einer dramatischen Bilanz

von 30000 Verschwundenen – darunter 500 Babys, die ihren verschwundenen Eltern entrissen worden waren –, mehr als 11000 politischen Gefangenen sowie Zehntausenden Vertriebenen und ins Ausland Geflüchteten.

Das diktatorische Regime versuchte, eine ganze Generation engagierter und solidarischer junger Menschen, welche die Welt gerechter machen wollten, zu vernichten. Dieses Ziel wurde nur teilweise erreicht: Der Widerstand der Bevölkerung konnte von der Armee nicht gebrochen werden. Das Paradebeispiel sind die Mütter und Grossmütter der Plaza de Mayo: Angesichts der systematischen und systemischen Unterdrückung entstand eine breite soziale Bewegung zur Verteidigung der Menschenrechte. Die Militärs - geschwächt und zunehmend verpönt - verloren nach dem Falklandkrieg, in dem Hunderte junger Menschen ihr Leben liessen, an Einfluss. 1983 mussten sie schliesslich die Macht abgeben.

Das weitgehende Engagement eines Grossteils der argentinischen Gesellschaft für das ERINNERN, die WAHRHEIT und die GERECHTIGKEIT (MEMORIA, VERDAD y JUSTICIA) ist der rote Faden eines unermüdlichen Kampfes für die Menschenrechte. Zwischen 2006 und Oktober 2025 wurden fast 1200 Militärangehörige, Zivilpersonen und Geistliche vor ordentlichen Gerichten wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt. Argentinien ist weltweit zu einem wichtigen Vorbild geworden, wenn es darum geht, sich an die Vergangenheit zu erinnern und zu verhindern, dass die Geschichte vergessen oder geleugnet wird. Angesichts dieses intensiven Engagements der Bevölkerung für das ERINNERN versucht der seit Dezember 2023 regierende Präsident Javier Milei, die Leugnung der Vergangenheit als vorherrschende Ideologie durchzusetzen und die Verbrechen der Diktatur zu rechtfertigen. Rechtsstaatlichkeit, Vielfalt und den Kampf der Frauen für Gleichberechtigung lehnt Milei ab. Er ignoriert den Klimawandel. Er missachtet internationale multilaterale Organisationen und deren Programme wie die Agenda 2030 oder die Uno-Ziele für nachhaltige Entwicklung usw.

Die aktuelle argentinische Regierung verfolgt eine Politik des systematischen wirtschaftlichen und sozialen Abbaus. Diese trieb in den letzten zwei Jahren mehr als 20000 Unternehmen in den Konkurs – von denen die

meisten weniger als 500 Mitarbeitende beschäftigen. Mehr als 280000 Arbeitsplätze verschwanden, davon 90000 in sensiblen Bereichen des Staates wie Forschung, Gesundheit, Bildung, Menschenrechte, Sozialhilfe usw. Gegen hundert Grossdemonstrationen wurden gewaltsam unterdrückt – die Repression ist ein weiterer Pfeiler von Mileis Politik. Dabei wurden nach offiziellen Angaben mindestens 2400 Protestierende verletzt und mehr als 460 Personen festgenommen.

Mileis Leugnung des Lebens, des Planeten, der Rechtsstaatlichkeit und sogar der Demokratie bringt ihn der extremen Rechten näher. Er lässt sich von Trump und Netanjahu inspirieren. Er unterhält enge Beziehungen zu neofaschistischen Führungspersonen in Europa. Auf diese Weise gewinnt das Projekt der internationalen radikalen Rechten an Stärke. Diese Rechte vertritt kulturelle, religiöse und politische Ideen, die extrem, patriarchalisch und reaktionär sind. Ihr Ziel ist der Abbau von Errungenschaften wie dem sozialen Schutz, der Solidarität und Diversität, der Aufnahme von Geflüchteten, oder auch dem Recht des palästinensischen Volkes sowie aller Völker, über die eigene Zukunft selbst zu entscheiden.

50 Jahre nach dem Putsch in Argentinien bekräftigen wir:

- NIE WIEDER STAATSTERRORISMUS.
- NEIN ZUM WIRTSCHAFTLICHEN UND SOZIALEN PROJEKT MILEIS.
- NEIN ZUM NEGATIONISMUS, ÜBERALL UND IN ALL SEINEN FORMEN.
- JA ZUR INTERNATIONALEN SOLIDARITÄT.

Aus der Schweiz stellen wir am 24. März 2026 fest, dass Widerstand und Protest in Argentinien sehr präsent sind. Wir bekräftigen unser Engagement für ein anderes Argentinien, ein anderes Lateinamerika und für EINE ANDERE WELT, DIE MÖGLICH IST.

NUNCA MÁS, ARGENTINOS PARA LA VICTORIA-SUIZA, ASOCIACIÓN EL PERISCOPIO, JARDIN DES DISPARUS, LATINO LAB, AMIS.
A.D.RED.: IM MÄRZ WERDEN VIELE AKTIVITÄTEN ZUM THEMA ERFOLGEN, VOR ALLEM IN GENÈVE.

Hinrichtung und Staatsterror

Darakshan Raja. **Am 7. Januar erschoss der ICE-Agent Ross die 37-jährige Renee Good in Minnesota. US-Vizepräsident JD Vance sah danach die «Nation in der Schuld» des Mörders stehen. Ein Blick auf die institutionelle Logik hinter dem Mord.**

Die Tötung von Renee Nicole Good markiert eine tiefgreifende und unumkehrbare Eskalation gegen Gemeinschaften, die sich für Gerechtigkeit einsetzen. Eine rote Linie wurde überschritten. Zwar hat die Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE) bereits zuvor straffrei Migrant:innen getötet, doch dieser Vorfall ist anders: Es handelt sich um die erste öffentliche aussergerichtliche Hinrichtung einer Freiwilligen, die den ICE-Terror gegen ihre Nachbar:innen beobachtete. Diese Tötung signalisiert, dass auch mit den betroffenen Gemeinschaften solidarische Zeug:innen getötet werden können.

Sie zeigt auf, wie Massenformen staatlicher Gewalt von der Planungsphase zur vollständigen Umsetzung übergehen. In solchen Fällen sind alltägliche Akte des Widerstands wie dieser von Renee Good entscheidend, um zu verhindern, dass staatliche Unterdrückung eskaliert. Dies vor dem Hintergrund, dass die USA allein im über zwei Millionen Migrant:innen abgeschoben und vertrieben haben.

Rechtfertigung von Tötungen

Die Gelassenheit des Beamten, als er sie erschoss und davonlief, zeigte sein absolutes Vertrauen in den Schutz durch die Institutionen. Sein Handeln spiegelt die Umsetzung des National Security Presidential Memorandum-7 (NSPM-7) gegenüber Nachbar:innen und ihrer Ersthilfe wider. Nach dem Tod von Good bezeichnete Kristi Noem, die US-Ministerin für Innere Sicherheit, die erschossene Good unter Berufung auf die NSPM-7-Richtlinien sofort als inländische Terroristin. Das NSPM-7 richtet sich gegen Personen, Gruppen und Netzwerke, die nach Ansicht der Bundesregierung Widerstand gegen die Staatsgewalt leisten, und bezeichnet diese als «organisierte politische Gewalt», «inländischen Terrorismus» und «antifaschistische Bewegungen». Vizepräsident JD Vance schloss sich dieser

Darstellung an. Er bezeichnete Goods Tod als «eine Tragödie, die sie selbst verursacht hat».

Die Tötung von Renee Nicole Good droht nun zum Vorbild dafür zu werden, wie NSPM-7 gegen Mitglieder der Community und Ersthelfer:innen durchgesetzt wird. Eine mangelnde Haftbarkeit für ihren Tod würde signalisieren, dass die aussergerichtliche Tötung von Ersthelfer:innen aus der Gemeinschaft rückwirkend unter NSPM-7 gerechtfertigt werden kann.

Was ist NSPM-7?

NSPM-7 ist die umfassendste Neukonsolidierung des nationalen Sicherheitsapparats und des innerstaatlichen «Kriegs gegen den Terror» seit dem 11. September 2001. Wobei die Ziele so weit gefasst wurden, dass niemand mehr davon ausgenommen ist. Es wurde im September 2025 vom Weissen Haus herausgegeben. Erstens zielt sie auf einzelne Mitglieder der Gemeinschaft ab, die sich gegen Faschismus oder Machtmissbrauch durch die Regierung wehren. Ihre unscharfe Formulierung ermöglicht es, wen immer des einheimischen Terrorismus zu bezichtigen. Zweitens zielt NSPM-7 auf laut Regierung gewalttätige Bewegungsorganisationen, breitere zivilgesellschaftliche Gruppen und Bewegungsinfrastrukturen ab. Gruppen, die unter NSPM-7 ins Visier genommen werden, müssen mit bundesstaatlicher Strafverfolgung, Verlust von Finanzmitteln durch Institutionen, eingefrorenen Bankkonten oder der gezielten Verfolgung von Führungskräften konfrontiert werden.

Drittens sind Kautionsfonds, Rechtsverteidigungsprojekte, Netzwerke für gegenseitige Hilfe und Bankinstitute im Visier von NSPM-7. Sogar individuelle Spender:innen können überwacht und finanziell kontrolliert werden. Was NSPM-7 weiter ausmacht, ist die Geschwindigkeit seiner Umsetzung quer durch alle Bundesbehörden. Im Dezember 2025 ordnete Generalstaatsanwältin

Pam Bondi die vollständige Umsetzung innerhalb von 14 Tagen an. Das Memo schreibt eine rückwirkende Überprüfung von mindestens fünf Jahren Tätigkeit vor.

Vom «Krieg gegen den Terror» zum Krieg gegen unsere Nachbarn

Die Ermordung von Renee Nicole Good muss im Rahmen des Einwanderungskontrollterrors gesehen werden, in dem die ICE Menschen erschossen hat oder unter seiner Obhut hat sterben lassen. ICE wendete routinemässig Gewalt gegen Gemeinschaften an; 2025 war das tödlichste Jahr der ICE seit zwei Jahrzehnten. Sie entstand aus der Infrastruktur des Kriegs gegen den Terror nach 9/11, geprägt von einer rassistischen und entmenslichenden Logik der nationalen Sicherheit.

Der Mord an Renee Nicole Good ist eine Warnung. Davor, wie schnell bürokratisch formulierte Erlasse in tödliche Gewalt umschlagen können. Diese Gewalt entstand nicht aus dem Nichts. In Orten wie Minnesota folgt sie auf jahrelange Strafverfolgung und Überwachung durch den Bund, wobei Minnesota als Versuchslabor den Weg für die heutige Politik ebnete. Nach der aussergerichtlichen Tötung von George Floyd in Minneapolis erklärte Generalstaatsanwalt William Barr, dass «extremistische Elemente» in den folgenden Protesten im Rahmen der einheimischen Terrorismusbekämpfung untersucht würden. Überwachungsprogramme wie «Operation Safety Net» haben nach dem Tod von George Floyd jahrelang Demonstrant:innen und Organisator:innen in Minnesota überwacht und kontrolliert.

QUELLE: TRUTHOUT.ORG, 16. JANUAR 2026:
RENEE GOOD'S EXTRAJUDICIAL KILLING ESCALATED THE NORMALIZATION OF STATE TERROR. DIE AUTORIN LEITET DIE BASISORGANISATION MUSLIMIS FOR JUST FUTURES.

Impressum

HERAUSGEBERIN:
Zentralamerika-Sekretariat (ZAS)
IBAN: CH1009000000800605180
Die Publikation erscheint
3 bis 4 Mal jährlich.

REDAKTION:
Correos de las Américas,
Postfach 1054, 8031 Zürich
E-Mail: zas11@sunrise.ch

DRUCK:
Union Druckerei Berlin